



Nüchterne Realitäten im asiatischen Club der Visionäre

Der Erfolg des ASEAN-Gipfels bestand nach zwei gescheiterten Anläufen für den Gastgeber Thailand vor allem im ungestörten Verlauf des Treffens

Von Sven Hansen

Sven Hansen ist Asien-Redakteur der tageszeitung (taz) in Berlin und Mitglied im Kuratorium der Asienstiftung. Er trainierte in Cha-Am und Hua Hin eine Gruppe südostasiatischer Journalisten in ASEAN-Berichterstattung.

Die beim 15. ASEAN-Gipfel diskutierten Visionen über die künftige globale Rolle Asiens stehen im deutlichen Kontrast zu den wenigen konkreten Ergebnissen des Treffens der südostasiatischen Staatengemeinschaft in den thailändischen Nobelbadeorten Cha-Am und Hua Hin 200 Kilometer südwestlich von Bangkok. Die Regierungschefs der zehn Asean-Staaten beschworen vom 23. bis 25. Oktober mit ihren Partnern China, Japan, Indien, Südkorea, Australien und Neuseeland das Ziel einer Gemeinschaft vergleichbar mit der Europäischen Union. Japans erst seit wenigen Wochen amtierender Premierminister Yukio Hatoyama ging in seiner Vision einer „Ostasiatischen Gemeinschaft“ gar soweit, für diese eine globale Führungsrolle zu reklamieren und eine dem Euro vergleichbare asiatische Gemeinschaftswährung vorzuschlagen. Zugleich betonte er jedoch die Wichtigkeit der Beziehungen zu den USA. Wie diese aber in eine solche Gemeinschaft einbezogen werden sollten, ließ er offen. Sein Außenamtssprecher sagte auf Nachfrage, dies sei „unklar“.

Im Unterschied zu seinen Vorgängern von der jahrzehntelangen Regierungspartei LDP sucht Hatoyama explizit engere Beziehungen zu Japans asiatischen Nachbarn. Deshalb wurde sein Vorschlag samt der womöglich auch zur Beruhigung Washingtons gedachten Bemerkung über die Einbeziehung der USA auch nicht wie ähnliche Ideen seiner Vorgänger von China gleich zurückgewiesen. Die Volksrepublik selbst setzt zunächst auf den weiteren Ausbau der Beziehungen zu Südostasien und bietet der Region zwei Kreditprogramme im Umfang von 10 und 15 Milliarden Dollar.

Großmächte buhlen um Einfluss

China, Japan, Indien, Südkorea und Australien, die beim Gipfel sämtlichst mit ihren Regierungschefs vertreten waren, buhlen um wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Südostasien. Die 1967 gegründete ASEAN ist das älteste und am besten funktionierende politische Bündnis in Asien und mit rund 585 Millionen Einwohnern zudem ein attraktiver Markt. Australiens Premier Kevin Rudd warb auf dem Gipfel für die Idee seiner „Asiatisch-Pazifischen Gemeinschaft“. In der sollen neben Indien auch die USA und andere Pazifik-Anrainer einen festen Platz haben. Hinter den konkurrierenden Konzepten steht der Versuch, Chinas wachsenden Einfluss durch Einbeziehung anderer Großmächte wie der USA oder Indiens abzumildern.

Die USA waren beim Gipfel nicht vertreten. Doch wird sich US-Präsident Barack Obama am 15. November beim Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum (APEC) in Singapur erstmals gesondert mit den Asean-Regierungschefs zum ersten USA-ASEAN-Gipfel treffen. Washington will verhindern, dass der US-Einfluss in der Region weiter schwindet und schenkt unter Obama der Region wieder mehr Aufmerksamkeit. Die südostasiatischen Staats- und Regierungschefs registrierten ihrerseits mit Genugtuung, dass ASEAN künftig

an den G-20-Treffen immer offiziell mit ihrem Generalsekretär teilnehmen darf. Denn eigentlich gehört von den zehn ASEAN-Staaten nur Indonesien zum Club der 20 größten Wirtschaftsmächte.

Der ASEAN-Gipfel diskutierte zwar jetzt konkurrierende Konzepte für Asiens künftige Verfasstheit. Doch beschlossen wurde nichts. „Die gegenwärtigen Formate von ASEAN, ASEAN+3 und des Ostasiengipfels wie des ASEAN Regional Forum erlauben uns große Flexibilität,“ sagte Thailands Premier Abhisit Vejjajiva bei der Abschlusspressekonferenz. „Es ist nicht wichtig, jetzt über rigide Konzepte zu entscheiden, sondern diese sich entwickeln zu lassen und mit deren Erarbeitung fortzufahren.“ Laut Abhisit könne dies noch Jahre dauern. Zugleich betonte er aber, dass Asien ein neues Wachstumsmodell brauche: „Das alte Wachstumsmodell, das vereinfacht gesagt darin besteht, dass wir uns auf den Konsum im Westen für unsere Waren und Dienstleistungen verlassen müssen, wird uns unserer Meinung nach nicht mehr gerecht,“ so Abhisit. Denn genau in diesem Ungleichgewicht liege die Ursache der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese lassen die Ökonomien in Asien gerade als weltweit erste hinter sich.

Bilaterale Konflikte

Einen deutlichen Kontrast zum Interesse der regionalen Großmächte an ASEAN und seinem Gipfel bildete der Umgang der südostasiatischen Regierungen mit ihrem eigenen Bündnis. Erstmals blieb die Hälfte der südostasiatischen Regierungschefs der Eröffnung des Gipfels fern, offiziell meist aus innenpolitischen Gründen. Doch überschatteten auch bilaterale Konflikte das Treffen. So provozierte Kambodschas Premier Hun Sen den Gastgeber Abhisit mit einem Asylangebot an den exilierten thailändischen Ex-Premier Thaksin Shinawatra. Hun Sen verkündete bei seiner Ankunft, er wolle den 2006 nach Korruptionsvorwürfen durch einen Putsch gestürzten Milliardär zu seinem Wirtschaftsberater machen. „Eine Million Thailänder von den Rothemden unterstützten Thaksin, warum darf ich als ein entfernter Freund Thaksin nicht auch unterstützen?“, fragte der Kambodschaner.

Offiziell gilt Thaksin in Thailand als Korruptionsverdächtiger, der sich einem Gerichtsverfahren durch Flucht entzieht. Zur Zeit hält er sich meist in Dubai auf. Die Regierung Abhisit kündigte an, umgehend Thaksins Auslieferung entsprechend bilateraler Abkommen mit Phnom Penh verlangen zu wollen, sollte er sich in Kambodscha aufhalten. Hun Sen wies ein solches Begehren postwendend zurück.

Im April hatten demonstrierende Thaksin-Anhänger beim ASEAN-Gipfel in Pattaya das Tagungshotel gestürmt und den Abbruch des Treffens erzwungen. Einige Regierungschefs mussten mit Hubschraubern oder Booten in Sicherheit gebracht werden. Dies war ein großer Gesichtsverlust für die erst seit Dezember amtierende Regierung Abhisit gewesen. Jetzt war dieser von Hun Sens Provokationen sichtlich genervt. Letzterer ging noch weiter. „Viele Menschen reden von Frau Suu Kyi in Birma. Warum kann ich nicht über das Opfer Thaksin sprechen?“ fragte er frech. Abhisit, dem mit solchen Spitzen bei der Eröffnung des Gipfels die Show gestohlen wurde, bezeichnete Hun Sen als „schlecht informiert“. Ansonsten möge der sich doch nicht vor Thaksins Karren spannen lassen.

Die Beziehungen zwischen Kambodscha und Thailand sind wegen des Gebietsstreits um den Tempel Preah Vihear, einem Unesco-Weltkulturerbe, angespannt. Beide Seiten haben dort Truppen stationiert. Und in beiden Ländern gibt es Politiker, die mit nationalistischen Tönen Stimmung gegen den Nachbarn machen, um innenpolitische Vorteile zu erzielen.

Womöglich spekuliert Hun Sen auch darauf, dass Thaksin in Bangkok wieder an die Macht kommen könnte. Schließlich bescheinigte eine während des Gipfels veröffentlichte thailändische Meinungsumfrage dem gestürzten Thaksin eine größere Beliebtheit in der Bevölkerung als dem amtierenden Premier Abhisit.

Weitere den Gipfel belastende bilaterale Streitpunkte waren der Konflikt um Importzölle auf Reis zwischen den Philippinen und Thailand. Bangkok forderte von Manila eine Senkung der Zölle von gegenwärtig 40 auf 20 Prozent. Als weltgrößter Reisexporteur drohte Thailand, andernfalls die geplante asiatische Freihandelszone aufhalten zu wollen. Die Philippinen, der größte Reisimporteure der Region, wollten ihrerseits den Zoll nur auf 35 Prozent senken. Am Rande des Gipfels verhandelten beide Seiten, doch meldeten sie keinen Durchbruch.

Den ASEAN-Gipfel nutzten auch China und Indien zu einem bilateralen Krisengespräch zwischen ihren Regierungschefs. Zuletzt waren zwischen den beiden Großmächten die Töne im Gebietsstreit um Arunachal Pradesh eskaliert. Peking fühlt sich durch Besuche des Ministerpräsidenten Manmohan Singhs und des im indischen Exil lebenden Dalai Lama in der Region provoziert. In Cha-Am und Hua Hin versicherten sich die Ministerpräsidenten Singh und Wen Jiabao der Wichtigkeit der bilateralen Beziehungen und einigten sich ansonsten nur, dass der Konflikt in weiteren bilateralen Treffen auf niedrigerer Ebene diskutiert werden solle.

China stellte den ASEAN-Staaten beim Gipfel die größten Summen für gemeinsame Projekte in Aussicht. Für 2010 ist auch eine Freihandelszone mit China geplant. Beim Treffen in Cha-Am und Hua Hin, das auch einen einstündigen ASEAN-China beinhaltete, sprachen sich die Südasiaten für eine stärkere Rolle der chinesischen Währung Renminbi und damit implizit für eine Schwächung des US-Dollar im regionalen Handel aus.

Birmas Junta muss keinen Druck fürchten

Birma fasste der Gipfel nur mit Samthandschuhen an. Von der birmesischen Militärjunta forderten die ASEAN-Staaten diesmal nicht explizit die Freilassung der unter Hausarrest stehenden Friedensnobelpreisträgerin und Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi. ASEAN gab sich mit der Ankündigung von Wahlen für 2010, für die Hilfe angeboten wurden, und mit vagen Äußerungen über eine gewisse Rolle Suu Kyis zufrieden. Das achteinhalbseitige Chairman's Statement des Gipfels, sozusagen die Abschlusserklärung, erwähnte Birma mit nicht einmal drei Zeilen.

Zu einem Affront gegenüber den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) war es gleich zum Beginn des Gipfels gekommen. Ursprünglich hatten die zehn ASEAN-Regierungschefs zugesagt, sich mit zehn Vertretern der Zivilgesellschaft zu treffen. Die NGOs hatten einige Tage zuvor ihr „People's Forum“ abgehalten und dort ihre Repräsentanten bestimmt. Es wäre erst das zweite Treffen der Regierungschefs mit NGOs in der ASEAN-Geschichte gewesen und sollte ohnehin nur 30 Minuten dauern. Doch in der Nacht zuvor wurden die NGO-Aktivisten von Thailands Regierung informiert, dass fünf von ihnen nicht erwünscht seien.

Die Regierungen von Birma, Kambodscha, Laos, Singapur und den Philippinen weigerten sich, die von den NGOs ausgewählten Vertreter aus ihren Ländern zu treffen. Stattdessen brachten die Regierungschefs zum Teil ihre eigenen Gesprächspartner mit. So soll etwa der von Birma ausgewählte NGO-Vertreter früher Polizeioffizier gewesen sein. Da die

NGO-Vertreter der anderen fünf Staaten auch kein Rederecht erhielten, beschlossen drei von ihnen, das Treffen aus Protest zu verlassen. Beim ersten und letzten Treffen dieser Art im Februar hatten die Regierungschefs nur zwei NGO-Vertreter zurückgewiesen.

„Ich bin sehr enttäuscht und sehe das nicht nur als Zurückweisung von mir persönlich und der Organisation an, die ich vertrete, sondern auch als Ablehnung des demokratischen Prozesses in der Region,“ sagte die Franziskanerinnen Chris Lucero von der Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees of the Philippines (TFDP). Sie hätte bei dem Gespräch nach dem Willen der NGOs die Philippinen vertreten sollen. Der ebenfalls zurückgewiesene Sinapan Samydorai aus Singapur kritisierte: „Die Regierungschefs sind nicht bereit sich mit der Zivilgesellschaft zu treffen, dabei haben sie erst im vergangenen Jahr mit der ASEAN-Charter den Bürgern eine größere Rolle eingeräumt.“ Der Aktivist aus dem autoritär regierten Stadtstaat kämpft für die Rechte von Migranten. Singapurs Außenministerium nannte später die Kritik unverständlich. Die Regierungen hätten schon vor Wochen beschlossen, dass sie ihre Gesprächspartner selbst bestimmen. Damit wurde der Regierung in Bangkok, die sich besonders für das Treffen eingesetzt hatte, die Schuld an dem Konflikt gegeben.

NGOs setzen weiter auf Dialog

Das gescheiterte Treffen mit den NGOs warf einen Schatten auf die anschließende Inauguration der ASEAN-Menschenrechtskommission (AICHR). Sie wird beim ASEAN-Sekretariat in Jakarta angesiedelt und war schon bei früheren Gipfeln beschlossen worden. Die Kommission wird wegen mangelnder Kompetenzen bereits seit einiger Zeit als „zahnlos“ kritisiert. Denn sie soll hauptsächlich die Menschenrechte fördern und nicht Menschenrechtsverletzungen untersuchen oder gar Fallstudien machen. Beim Gipfel wurde verkündet, dass sie zunächst nur mit einem Etat von 200.000 Euro für das erste Jahr ausgestattet wird.

Die NGOs, die jahrelang für eine solche Menschenrechtskommission gekämpft haben, wollen sich dennoch nicht ermutigen lassen. „Am wichtigsten ist jetzt, dass ein Prozess begonnen hat,“ meint Rafendi Djamin. Er vertritt Indonesien in der Kommission, deren begrenzten Auftrag er zuvor als Menschenrechtsaktivist selbst immer verurteilt hat. Zwar setzt er wie andere NGO-Vertreter weiter auf Dialog, doch kritisierten er und andere das obskure Auswahlverfahren mancher Ländern für ihre Vertretung in der zehnköpfigen Kommission. Als fortschrittlich gilt neben Djamin noch die thailändische Vertreterin Siripacha Petchamesree.

Die offene und transparente Auswahl der beiden in Indonesien und Thailand wurde zuvor explizit in der Abschlusserklärung des „People's Forum“ gelobt. Wie häufig glich diese Erklärung einer umfassenden Wunschliste für eine bessere Welt. Auffällig war diesmal die Betonung der Rolle von Migranten und der Notwendigkeit ihres Schutzes sowie die Forderung an ASEAN, sich verstärkt für die Beilegung der Konflikte in Mindanao, Südthailand, Westpapua, Birma und dem südchinesischen Meer einzusetzen. Und unter dem Eindruck der jüngsten Fluten und Erdbeben wurden die Regierungen zu einer besseren Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz aufgefordert. Ansonsten war es für NGOs ungewöhnlich und nicht gerade ein Zeichen von Basisorientierung, sich im gleichen exklusiven Nobelressort zu treffen, in dem später die Regierungschefs ihr Gala-Dinner zelebrierten. Trotzdem waren Regierungsvertreter dem NGO-Treffen ferngeblieben, was diese enttäuscht kritisierten.

Der Wert des offiziellen Gipfels bestand angesichts der wenig konkreten Beschlüsse vor

allem in der Fortsetzung des Diskussionsprozesses über die weitere Integration in Südostasien sowie über verschiedene damit verbundene Projekte. Für den Gastgeber Thailand war vor allem wichtig, dass der Gipfel überhaupt stattfand und ungestört verlief. Nachdem er wegen Massenprotesten bereits einmal verschoben und ein weiteres Mal abgebrochen werden musste, wurde er jetzt durch 18.000 Polizisten und Soldaten gesichert in einem dünn besiedelten Feriengebiet durchgezogen. Das ließ sich weiträumig absperren. Zudem hielten drakonische Sicherheitsgesetze potentielle Demonstranten aus dem Thaksin-Lager von Protesten ab, die dann auch erklärten, gar nicht demonstrieren zu wollen.

2010 übernimmt Vietnam den Vorsitz der ASEAN und plant im April in Ho-Chi-Minh-Stadt und im November in Hanoi die nächsten Gipfel.

Weiterführende Links

Webseite des ASEAN-Gipfels: <http://www.15thaseansummit-th.org/>

Webseite des ASEAN Peoples' Forum: <http://www.aseanpeoplesforum.org/>